



Göttingen, 15. August 2016

## EPIZ-Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl 2016

### Wahlprüfstein 1: Klimapolitische Verantwortung für Göttingen

*Der Masterplan 100% Klimaschutz sieht vor, bis 2050 den gesamten Energiebedarf der Stadt Göttingen durch erneuerbare Energien zu decken, dabei soll besonders die Solarenergie im Fokus stehen.*

#### 1. Erneuerbare Energien

*Welche konkreten Maßnahmen möchten Sie ergreifen, um diese Ziele zu erreichen?*

**Antwort PIRATEN:** Zunächst eine kleine Bemerkung vorneweg: Bei der Menge an Fragen muss man den Eindruck gewinnen, als sei dies ein Test, ob die Parteien vor Ort personell in der Lage sind, fleißig zu arbeiten.

Wir Piraten sind das. Demokratie macht uns Spaß, wir wollen noch intensiver im Stadtrat und Kreistag arbeiten. Bereits in der vergangenen Ratsperiode haben die Piraten pro Person und Jahr mehr als fünf Mal so viele Anträge und Anfragen eingereicht wie CDU/FDP und SPD. Wir sind fleißig, würden aber gerne mehr Stimmen als die 4 % bei der letzten Wahl bekommen, um die Arbeit im Rat auf mehr Schultern verteilen zu können. Ab 7 % hätten wir Stimmrecht in den Ausschüssen.

Im Gegensatz zur Verkehrsthematik kann man beim Thema Energie nicht so leicht als Ratsfraktion selbst konkret Maßnahmen initiieren.

Unser Experte zum Thema Energie ist Niels-Arne Münch. Piraten stehen Geothermie-Projekten grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber. Am Gronespring wurde 2014 ein Wasserrad installiert, was wir ausdrücklich begrüßt und gegen Kritik aus der CDU verteidigt haben. Für die Nutzung von Windenergie sehen wir im Göttinger Stadtgebiet keine geeigneten Flächen, insbesondere leidet die Windenergie unter mangelnder Akzeptanz in der Bevölkerung. Solarstrom hat dagegen noch Potential nach oben.

Ein weiteres wichtiges Thema ist Energiesparen. Wir sehen es kritisch, wenn Gewerbegebiete nachts taghell mit Werbung ausgeleuchtet werden. Dies setzt das falsche Zeichen. Man bekommt den Eindruck, als sei es in dieser Stadt kein Thema, sparsam mit Energie umzugehen.

- \* Wir Piraten setzen vor allem auf dezentrale Energieversorgung durch kleinere Privatinvestoren. Wasserkraft wird im Landkreis gar nicht gefördert, da große Firmen hier keine großen Gewinne erwarten. Aber in jedem Ort ein paar kleine wasserkraftgetriebene Turbinen machen in der Summe viel Energie und sind dezentral.
- \* Windenergie mit zum Beispiel horizontalen Windrädern wird immer effizienter.
- \* Die Geothermie muss direkt schon bei der Bauplanung bedacht und durch

Verwaltung auch planerisch gefördert werden.

*Welche Rolle würden erneuerbare Energien und energiesparende Konzepte bei der Vergabe von Bauprojekten für Sie spielen?*

**Antwort PIRATEN:** Eine große Rolle. Hier muss man allerdings sagen, dass dieses Thema - Energiefragen bei Bauprojekten - bislang häufig zu unserer Zufriedenheit im Stadtrat berücksichtigt wird. Dennoch, die Verwaltung hat zu oft zu wenig Fantasie und in der SPD-Verwaltung zu wenig Rückendeckung für moderne Energieplanung in Bauprojekten. Unser Experte für Baupolitik ist Francisco Welter-Schultes, Spitzenkandidat der Piraten für den Stadtrat. Im Bauausschuss geht es für die Piraten meist darum, bei der Nutzung von Dächern und Fassaden sehr genau hinzusehen.

## 2. Verkehr

*Der Klimaplan Verkehrsentwicklung sieht als Teil des Masterplans 100% Klimaschutz vor, bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emission um 40% sowie den motorisierten Individualverkehr insgesamt zu reduzieren. Hierfür wäre es wichtig, die öffentlichen Verkehrsmittel und das Radwegenetz auszubauen.*

*Wie wollen Sie die Attraktivität dieser alternativen Verkehrsmittel oder z.B. Carsharing, Elektroautos und -busse fördern? Und welche konkreten Schritte planen Sie, um den Verkehr für FahrradfahrerInnen zu verbessern und sicherer zu gestalten?*

**Antwort PIRATEN:** Die Göttinger Piraten beschäftigen sich sehr intensiv mit dem Thema Verkehr. Deshalb ist unsere Antwort zu diesem Themenblock besonders lang.

Öffentliche Verkehrsmittel: nicht nur Busse. Eine Besonderheit der Göttinger Piraten ist, dass wir uns mit einigen Experten intensiv mit Schienenverkehr auseinandersetzen, neue Bahnhalte fordern, neue Schienenstrecken, und auch den Neubau von Straßenbahnsystemen für überlegenswert halten.

In Bussen muss genug Platz für Rollatoren und Rollstühle sein. Die intensive Nutzung des Bussemestertickets ist eine gute Sache - wir weisen jedoch generell darauf hin, dass die Verlagerung des Verkehrs vom Radweg auf die Straße nicht die Zielsetzung sein kann.

Es wäre auch wichtig, die Ampeln so zu schalten, dass der Autoverkehr gleichmäßiger fließen kann (Grüne Wellen, an neun Abschnitten in Göttingen) und dass Fahrräder weniger Zeitverluste einfahren (rechts abbiegen bei Rot sollte endlich erlaubt werden). Ampeln sind ein Steuerungsinstrument, mit dem Verkehr zielgerichtet geleitet werden kann - sowohl was die Geschwindigkeit als auch was die Wahl des Verkehrsmittels angeht. Daher meinen wir, Ampelschaltungen sind Sache der Politik und nicht nur der Verwaltung. SPD und CDU waren in diesem Punkt anderer Meinung als wir, als sie Anfang 2016 ungelesen einen Antrag abgelehnt hatten, der einen konkreten Schaltplan für eine grüne Welle am Nikolausberger Weg zum Inhalt hatte.

Die Arbeitsgruppe Ampelpiraten (Francisco Welter-Schultes, Angelo Perriello, Daniel Isberner und Friederike Buch kandidieren für den Stadtrat) hat sich in den letzten Jahren intensiv in das Thema Verkehr eingearbeitet, weil wir Piraten beobachten, dass die Stadt viel vom Klimaschutz erzählt, aber wenn es konkret wird, genau das

Gegenteil von dem tut, was sie sich selbst vorschreibt.

Verkehrspolitik läuft in Göttingen wie in den 1970er Jahren. Erst kommt der motorisierte Verkehr, und dann kommt lange Zeit nichts. Die Stadt hat jahrzehntlang die technische Entwicklung verschlafen.

2014 wurde die Kreuzung Weender Tor umgebaut - gleichzeitig wurde der Klimaplan Verkehr verabschiedet, in dem als Zielsetzung stand, Fußgänger sollten an solchen Kreuzungen mindestens 40 Sekunden Grün haben. Vor dem Umbau zeigten die Ampeln in jedem 90-Sekunden-Umlauf 33 Sekunden Grün - nach dem Umbau nur noch 7 Sekunden. Dies war genau das Gegenteil von dem, was die Stadt sich selbst als Ziel vorgegeben hat.

Es gibt nach wie vor eine klare und zunehmende Tendenz, Autoverkehr dem Fuß- und Radverkehr zu bevorzugen.

Das verkehrspolitische Ergebnis dieser Entwicklung liegt messbar auf der Hand. Die Radverkehrszahlen an der Induktionsschleife Robert-Koch-Straße (Höhe Zimmermannstraße) belegen, dass seit Beginn der Messung vor 3 Jahren der Radverkehr trotz steigender Studi-Zahlen pro Jahr um mehrere Prozent kontinuierlich immer weiter abnimmt. Waren es von Januar bis Juni 2014 noch 499.000 Fahrräder, wurden im selben Zeitraum 2015 nur noch 423.000 gezählt, 2016 nur noch 413.000. Das sind dramatische Ausmaße. Gleichzeitig wurden Millionen in einen eRadschnellweg investiert, der so schlecht durchdacht war, dass er auf einigen Abschnitten kaum benutzt wird (Nikolausberger Weg, Christophorusweg).

"Konkret" haben wir einiges in petto.

Etliche Anträge an den Rat liegen bereits in der Schublade. Andere, die abgelehnt wurden, würden wir erneut einreichen.

1 - Wir fordern einen Verkehrsausschuss im Stadtrat. Bislang wird das Thema Verkehr in mehreren Ausschüssen abgehandelt, je nach Lust und Laune einmal hier und einmal da, ohne konsistente Linie.

2 - Radfahrer sollen bei Rot rechts abbiegen dürfen, wenn rechts ein Radweg abgeht. Das ist ein Antrag der SPD München, den wir 2015 im Rat eingereicht hatten und der von SPD und CDU abgelehnt wurde, auch die Grünen waren skeptisch. 4 Tage später ging derselbe Antrag in München mit den Stimmen von SPD und CSU durch. Einen Monat später reichten die Piraten im Stadtrat Köln quasi denselben Antrag ein, den sie auf unserer Göttinger Piraten-Homepage entdeckt hatten - mit breiter Mehrheit aller demokratischer Parteien wurde er dort im Rat angenommen. Wir werden das in jedem Fall nochmal beantragen.

3 - Konflikte zwischen Autos und Fahrrädern können entschärft werden, wenn vor engen Kreuzungen mehr Raum geschaffen wird, damit beide genug Platz haben. Dazu müssen 2-3 Parkplätze verschwinden, beispielsweise am Nikolausberger Weg. Das muss politisch durchgesetzt werden, freiwillig tut sich nichts. Die Grünen haben Anfang 2016 sogar verhindert, dass der Abschnitt Rosdorfer Weg zwischen Bürgerstraße und Schiefer Weg in beiden Richtungen für den Radverkehr freigegeben wird - weil fünf bewirtschaftete Parkplätze wegfallen würden. Wir werden uns vehement dafür einsetzen, dass diese wichtige Anschlussverbindung zwischen Treuenhagen/Brauweg/westlicher Südstadt und Bahnhof endlich sicher benutzt werden kann. Benutzt wird dieser Abschnitt schon seit langem von vielen Radfahrern.

4 - Wir setzen uns ein für einen erneuten Umbau des Unfallschwerpunktes Weender Tor. Diese Kreuzung wird täglich von 15.000 Fahrrädern überquert und wurde 2014 dilettantisch umgebaut. Wir Piraten hatten genau die Unfallschwerpunkte

vorausgesagt, die inzwischen polizeistatistisch nachweisbar sind.

5 - Wir werden weiterhin dafür eintreten, dass konkrete Radverkehrszahlen ermittelt werden, bevor eine vielbefahrene Kreuzung umgebaut wird. Vorher, und nicht hinterher.

6 - Geldverschwendung durch Fehlplanungen bei Radverkehrsstrecken, auf denen hinterher kaum jemand fährt, werden wir weiterhin anprangern.

7 - Wir Piraten fordern ein Gremium, das aus ca. 17 im Ein-Jahres-Turnus gewählten Studierenden besteht und dem 47-köpfigen Stadtrat beratend beigeordnet wird. Dies ist notwendig, da wir Piraten davon überzeugt sind, dass das hohe Durchschnittsalter der Ratsmitglieder (bei der CDU über 60 Jahre, SPD und Grüne auch deutlich über 50) dafür mitverantwortlich ist, dass eine Verkehrspolitik betrieben wird, die einseitig auf den Autoverkehr ausgerichtet ist. Studierende machen 25 % der Göttinger Bevölkerung aus, sie fahren sehr viel mehr Rad als die 60-Jährigen, haben jedoch so gut wie keine Repräsentanz im Rat. Das liegt daran, dass sie im Schnitt nur 3 Jahre in Göttingen verweilen und die Ratsperiode 5 Jahre beträgt.

### 3. Klimapartnerschaften

*Im Jahr 2014 hat sich die Stadt Göttingen an dem Projekt 50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015 beteiligt und ist eine Partnerschaft mit der nicaraguanischen Stadt La Paz Centro eingegangen.*

*Wie soll die Klimapartnerschaft mit Nicaragua weiterentwickelt werden und wie stehen Sie zu weiteren Partnerschaften mit Städten des Globalen Südens?*

**Antwort PIRATEN:** Im Nicaragua-Projekt sind Piraten nicht eingebunden. Unser Kandidat Meinhart Krischke-Ramaswamy hat sich gemeinsam mit den Linken für eine Städtepartnerschaft Göttingens mit der nordsyrischen Universitätsstadt Qamishlo eingesetzt und auch Veranstaltungen dazu durchgeführt.

Schon im Wahlkampf zur Kommunalwahl 2011 haben die Piraten gefordert, die Anzahl der Partnerschaften deutlich zu erhöhen und die Aktivitäten auszubauen. SPD und Grüne haben hier gleich den finanziellen Riegel vorgeschoben und jede Hoffnung auf Ausbau beerdigt.

### 4. Beteiligung von AkteurInnen

*Wie möchten Sie Öffentlichkeit, Verbände, Vereine, Initiativen, Industrie und Wirtschaft innerhalb Göttingens zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit aktiv einbinden und beteiligen?*

**Antwort PIRATEN:** Wir kandidieren für den Stadtrat. Bei Entscheidungen, die dort anstehen, sollte die Öffentlichkeit dort eingebunden werden, wo sie betroffen ist. Das wird bislang auch meist gemacht, da gibt es erstmal wenig zu ändern, außer dass die Bevölkerung generell etwas früher beteiligt und informiert werden sollte. Bislang wurde die Öffentlichkeit meist über Ergebnisse und nicht über Planungen und Möglichkeiten informiert.

Diese beiden genannten Themen sind eigentlich Teil fast jedes Vorhabens. Erfahrungsgemäß äußern sich die Betroffenen, wenn sie Defizite in Planungen

ausmachen, und schlagen Verbesserungen vor. Problematisch wird es dann, wenn Interessenskonflikte auftreten und die Stadt beginnt, sich unfair gegenüber Bürgern zu verhalten, bis hin zum vollständigen Entzug von Beteiligungsrechten wie 2015 beim umstrittenen Groner Tor-Großbauprojekt. Hier haben wir als einzige Partei im Rat sehr sensibel reagiert. Wir fordern auch in Zukunft, den Bürgern insbesondere bei umstrittenen Projekten mehr direkte Entscheidungsrechte zuzugestehen (Bürgerentscheide). Dass Bürgern in einem umstrittenen Bauprojekt mittels eines formalen Tricks komplett alle Beteiligungsrechte entzogen werden, fanden wir 2015 einen unfassbaren Vorgang.

Bürger werden immer sensibler, was die Themen Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit angeht. Die Stadt stellt sich im Fall von Interessenkonflikten erfahrungsgemäß absolut einseitig hinter die Investoren. 2014 haben 100 Bürger im umstrittenen IWF-Großbauprojekt insgesamt 426 inhaltlich unterschiedliche Anregungen eingereicht, von denen etwa 25 % mit den Themen Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu tun hatten. Die Stadt hatte 425 davon abgelehnt, jede mit einer anderen Begründung. So ein Verhalten ist absolut inakzeptabel; es ist eine Demütigung der Bürger, die sich für berechnigte Interessen einsetzen.

Es war übrigens die SPD, die Ende 2014 zwei Wochen vor der Entscheidung das IWF-Bauverfahren im Rat stoppte und den Weg zur Einweisung von Flüchtlingen in die bestehenden IWF-Gebäude freimachte. CDU und Grüne hätten dem Vorschlag der Verwaltung unkritisch zugestimmt und dem Investor freien Lauf gelassen.

Diese Einweisung von Flüchtlingen befand sich übrigens auch unter den 425 abgelehnten Anregungen. Der Vorschlag war unabhängig voneinander eingereicht worden von Konrad Kelm (heute Ratskandidat der GöLinken) und Francisco Welter-Schultes (heute Ratskandidat der Piraten). Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit war es deswegen, weil die IWF-Gebäude erst kurz vorher für 11 Millionen saniert worden waren. Die Linken hatten sich bereits seit Ende 2013 für diesen Vorschlag öffentlich ausgesprochen, die Piraten seit Anfang 2014.

Klimaschutz ist in den Köpfen oft mit Kosten verbunden. Mit Aufklärung und moderner Aufgeschlossenheit kann die Stadt Göttingen auch Investoren für Projekte gewinnen, die genau dieses Thema zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Gewinn für alle nutzen.

Gerade Göttingen mit der berühmten Universität ist ideal geschaffen für innovative Projekte.

Ideenreichtum ist etwas, das Göttingen braucht und die Piraten haben.

## **Wahlprüfstein 2: Stärkung des Fairen Handels und der nachhaltigen Beschaffung**

### **1. Fairer Handel**

*Die Stadt Göttingen trägt seit 2013 den Titel Fairtrade-Town. Folglich wurden die dafür nötigen Kriterien, wie etwa das vermehrte Anbieten von fair gehandelten Produkten im lokalen Einzelhandel sowie in öffentlichen Einrichtungen, erfüllt. Dies entspricht auch Ziel 12 der SDGs, dem zufolge „für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“ gesorgt werden soll.*

*Beabsichtigen Sie eine Verlängerung der Auszeichnung, und planen Sie einen weiteren Aus-bau des Fairen Handels (etwa Göttingen als Hauptstadt des Fairen Handels oder eine Faire Messe)?*

**Antwort PIRATEN:** Thema Fairness. Wir müssen der Fairness halber leider sagen,

dass wir keinen Experten in den Reihen unserer Ratskandidaten haben, der auf diesem Gebiet spezialisiert ist. In einem solchen Fall verlassen wir uns auf Experten anderer Parteien im Rat.

Ja, wir beabsichtigen die Verlängerung. Aktuell sind die Vorgaben, um den Titel Fairtrade-Town tragen zu dürfen, deutlich erkennbar als reine Marketing-Maschine. Wirklich fair kann Göttingen auch ohne Titel vor Ort sein. Biobauern, Tierzucht und auch faire Arbeitsplätze soll Göttingen auch in der Stadt und besonders in den eigenen Gesellschaften fördern, auch wenn dafür kein Label ausgelobt wird.

*Planen Sie in diesem Zusammenhang Vernetzungen und Kooperationen mit Kommunen des globalen Südens?*

Die Antwort auf die zweite Frage muss leider lauten, gegenwärtig nein.

## **2. Nachhaltige Beschaffung**

*Neben Fairem Handel ist auch die Förderung sozial und nachhaltig erzeugter Produkte aus der Region unter Ziel 12 zu fassen. Unter Nachhaltigkeit verstehen wir dabei die ökologisch und sozial verträgliche Nutzung von Ressourcen, die gewährleistet, dass Menschen weltweit heute und künftig die gleichen Chancen auf einen guten Lebensstandard haben.*

*Wie und wo werden Sie eine soziale und nachhaltige öffentliche Beschaffung fördern (z.B. indem auf Siegel und die ILO-Kernarbeitsnormen geachtet wird), und wie werden Sie die Wirtschaft dabei einbeziehen?*

**Antwort PIRATEN:** Angeschnitten wurde dieser gesamte Themenbereich in der letzten Ratsperiode, als es um die Ansiedlung eines XXXL-Großmöbelmarktes ging. Am Rande ging es dort um die Frage nach Kinderarbeit in den Herkunftsländern der Produkte, die der Konzern XXXLutz in Göttingen verkaufen möchte. Die Grünen hatten nachgefragt, ob die Möbel entsprechend zertifiziert seien. Der Konzernvertreter antwortete, das sei nicht deren Thema und den Kunden sei wichtig, dass die Produkte billig seien.

Der Unterschied zwischen uns und den Grünen liegt nun darin, dass wir etwas sensibler bei einer derart arroganten Antwort reagieren. Einen solchen Konzern in unserer Stadt anzusiedeln und dabei noch wertvollen Ackerboden zu versiegeln, kam für die meisten von uns nach dieser eindrucksvollen Vorstellung im Bauausschuss nicht mehr in Frage. Das konnten wir sehr bald danach auch klar kommunizieren. Die Grünen haben sich dagegen bis heute nicht festgelegt.

Es gab einen weiteren Fall, als es um Tropenholz ging, das für Sitzbänke verwendet worden war. Auch hier haben wir Piraten kritisch nachgefragt und mit vielen lokalen Organisationen zusammen die Bruno-Manser-Bank in der Stadt geschaffen. Das zeigt etwa die Weise, wie wir Piraten konkret an solche Fragen herangehen, wenn wir im Rat bestimmte Entscheidungen treffen sollen. Wenn es uns zu bunt wird, gehen wir auch mit Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit. Zur XXXL-Thematik haben wir bislang fünf Pressemitteilungen herausgegeben.

"Local Food" - wird immer wichtiger und auch in zum Beispiel den städtischen Mensabetrieben so weit wie möglich umgesetzt.

Die Anzahl der Möglichkeiten, sich hier stark zu machen, sind schier endlos, haben aber alle gemeinsam, dass dies eine langfristige und tiefgreifende Beschäftigung mit dem Thema voraussetzt - eine Bedingung, die bisher mit zwei Ratspiraten nicht zu

leisten war.

### 3. Faire Arbeitsbedingungen

*Ein Kriterium des Fairen Handels und der nachhaltigen Beschaffung sind die Arbeitsbedingungen, die auch in Ziel 8 der SDGs mit der Förderung menschenwürdiger Arbeit betont werden. Durch öffentliche Ausschreibungen liegt es in der Verantwortung der Stadt, auch in Göttingen auf entsprechende Kriterien, wie etwa den Verzicht auf Leiharbeit, zu achten.*

*Wie wollen Sie dafür sorgen, dass gerechte Arbeitsbedingungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingehalten werden und entsprechende Kontrolle gewährleistet wird?*

**Antwort PIRATEN:** Und auch hier das Thema Ehrlichkeit: wir haben keine noch so minimale Chance, wenn wir dagegen angehen wollen, dass auf der Baustelle eines eng mit der SPD verflochtenen Großinvestors gesetzliche Bestimmungen nicht eingehalten werden.

Nicht einmal die grundlegendsten deutschen Feuerschutzrichtlinien werden gegenwärtig auf der Groner Tor-Baustelle eingehalten. Es geht mitten in Göttingen zu wie in Bangladesch. Wir haben die Göttinger Feuerwehr informiert, denen Fotos beobachteter Defizite bei Fluchtwegen gezeigt, die Sache im Feuerwehrausschuss angesprochen, null Reaktion. Gesetzlich vorgeschriebener Feuerschutz wäre das erste, was man in einer Stadt wie Göttingen durchsetzen könnte. Wenn noch nicht einmal das möglich ist, dann können wir bei Fragen nach Arbeitsrechten nicht mit einem noch so minimalen Erfolg rechnen, wenn wir irgendetwas anprangern. Wir hatten noch vor Einführung des Mindestlohns einen Antrag zur Einführung des Regionallohns in Göttinger Betrieben gestellt und wurden unter Hinweis auf geschlossene langfristige Verträge mit unserer Forderung in eine illegale Ecke geschoben.

### Wahlprüfstein 3: Förderung von Bildung und Globalem Lernen

*Bildung ist sowohl in den SDGs als auch in den Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen ein zentraler Aspekt. So wird etwa in Ziel 4 der SDGs die Notwendigkeit von Bildung betont, um nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte, die Gleichstellung der Geschlechter, eine Kultur des Friedens und die Wertschätzung kultureller Vielfalt zu fördern und zu erreichen.*

#### 1. Globales und lebenslanges Lernen

*Das Handlungsfeld „Bildung und Jugend“ der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen bezieht sich auf Globales Lernen. Dabei steht die Vermittlung von Verantwortung, Solidarität und Partizipation hinsichtlich weltweit brennender Probleme wie Armut, Ungleichverteilung und Flucht im Vordergrund.*

*Welche konkreten Schritte planen Sie für die Umsetzung dieser Leitlinie?*

**Antwort PIRATEN:** Der Punkt ist, dass die Schulen gänzlich finanziell an der Notbeatmung durch das Land Niedersachsen liegen. Da aber CDU/SPD/Grüne in den letzten Jahren verantwortlich für das finanzielle Desaster sind, sind diese Parteien auch nicht bereit kommunal aufzuschreien. Ohne Besserung sind die

Schulen auf Fördervereine angewiesen und müssen im 10-Euro-Bereich überlegen, ob eine Anschaffung möglich ist oder nicht.

*Globales Lernen findet nicht nur in schulischen oder hochschulischen Institutionen statt, sondern auch im informellen Bildungsbereich.*

*Welche Maßnahmen sehen Sie vor, außerschulische Bildungsvereinigungen (z.B. im Bereich Erwachsenenbildung und von gemeinnützigen Trägern) zu unterstützen? Welche Kriterien haben Sie für die Auswahl der zu unterstützenden Einrichtungen?*

**Antwort PIRATEN:** Im Bildungsbereich allgemein sind Kommunen von den Fördertöpfen abhängig, deren Größe nicht im Einflussbereich der Kommunen liegen. Fortbildungsangebote werden konstant gestrichen und mit ihnen verschwinden die Bildungseinrichtungen.

Immer mehr Bürger können sich Erwachsenenbildung nicht leisten. Da hilft es nur, Piraten auch auf höheren politischen Ebenen zu wählen.

## 2. Globale Bildungspartnerschaften

*Globale Partnerschaften sind ein Grundprinzip der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen. Dabei sollen „traditionelle Sichtweisen von Entwicklungspolitik“ (z.B. Geber-Nehmer-Denkmuster) überwunden werden und durch eine Politik auf Augenhöhe ersetzt werden.*

*Möchten Sie entsprechende Bildungspartnerschaften mit Kommunen des Globalen Südens eingehen (z.B. den Ausbau von Schulpartnerschaften oder Austauschprogrammen mit Universitäten des Globalen Südens)? Wie wollen Sie dies umsetzen?*

**Antwort PIRATEN:** Die Piraten (unser Experte ist Meinhard Kruschke-Ramaswamy) haben sich gemeinsam mit den Linken für eine Bildungspartnerschaft mit der im Aufbau befindlichen Universität der nordsyrischen Stadt Qamishlo eingesetzt. Es wurden Kontakte nach Kobane geknüpft. Wünschenswert wären Kontakte nach Qamishlo, jedoch sind Reisen aufgrund der Sicherheitslage in der Region gegenwärtig immer noch kaum planbar.

Angesichts der finanziellen Situation brauchen wir in Deutschland Stiftungen wie die Bill-Gates-Stiftung, die solche Projekte mit nahe 100% fördert. Wir wären für die Schaffung einer Stelle zur Anwerbung von Fördermitteln und Sponsorengeldern, um genau solche Projekte zu ermöglichen.

## 3. Lokales Bildungswesen

*Aufgrund der großen Nachfrage an Gesamtschulplätzen in Göttingen wurde eine dritte Gesamt-schule gegründet. Als Selbstverständnis wird die Vielfalt von Voraussetzungen, sozialer und ethnischer Herkunft sowie Geschlechtern betont.*

*Wie soll dieses Leitbild konkret umgesetzt werden? Und wie wollen Sie dies auch in anderen Bildungseinrichtungen fördern?*

**Antwort PIRATEN:** Schule ist nicht nur Schulbildung bis zum Abitur. Sozialarbeiter müssen auf Landeskosten eingestellt werden, Integration und Sport müssen



gefördert werden, ebenso der Austausch regional wie international.

*Wie wollen Sie praxisnahes Lernen (analog zu Klimaschutzprojekten in Schulen) unterstützen und ausweiten?*

**Antwort PIRATEN:** Der Lehrplan ist so vollgemüllt. Kinder müssen teilweise kurz nach Schuljahresbeginn die ersten Klausuren schreiben, weil später keine Zeiten mehr frei sind. Um mit Kindern in die Welt zu gehen, brauchen wir mehr Zeit. Der Schritt zurück zu G9 war eine der Forderungen auch der Piraten.

Viele kleine Projekte zur Schulung von Sensibilität diesen Themen gegenüber sind bereits heute Teil des Sachunterrichts bzw. der Naturwissenschaften an allen Schulen. Es fehlt hier nicht an Ideen oder Willen der pädagogischen Kräfte, sondern daran dass auf Landesebene Kinder immer nur als unfertige Produktionsmaschinen angesehen werden. Obwohl Studien schon lange gezeigt haben, dass ein 17-jähriger Mensch mit Abitur aber ohne Lebenserfahrung auf dem Arbeitsmarkt nichts taugt, jagen die lobbygetriebenen Politiker immer noch dem Wunderkind aus der Retorte hinterher. Da müssen wir die Eltern sensibilisieren und aktivieren. Piraten wollen und fördern Mitbestimmung und Courage - hier bleibt zu hoffen, Bewegung in der Bevölkerung auszulösen, sich die Ausbeutung der eigenen Kinder nicht mehr länger stumm mitanzusehen.

## **Wahlprüfstein 4: Flucht und Integration**

*In den letzten Jahren sind aufgrund der steigenden Zahl Geflüchteter die Themen Zuwanderung und Integration öffentlich sehr präsent und haben auch für die Göttinger Kommunalpolitik eine große Bedeutung. Armut und Ressourcenknappheit gehören neben Krieg zu den wichtigsten Ursachen von Flucht und Migration, woraus sich entsprechender Handlungsbedarf ergibt. Auch wenn die Kommunen an die gesetzlichen Vorgaben des Bundes und der Länder gebunden sind, haben sie Spielraum bei der Ausgestaltung der Versorgung und gesellschaftlicher Inklusion Geflüchteter.*

### **1. Unterbringung von Geflüchteten**

*Aktuell wird der Umzug vieler Geflüchteter in eine Sammelunterkunft auf der Siekhöhe durchgeführt. Dies widerspricht der Forderung der Kommunen im neuen Integrationsgesetz der Bundesregierung. Die Kommunen haben darin auf eine dezentrale und nachbarschaftsnahe Unterbringung der Geflüchteten Wert gelegt, da dies eine schnellere und intensivere Integration möglich macht.*

*Wie wollen Sie verhindern, dass sich diese Umsiedlung negativ auf die Situation und Integration von Geflüchteten auswirkt, und welche Maßnahmen ergreifen Sie für eine dauerhaftere Unterbringung?*

**Antwort PIRATEN:** Die Piraten haben zwar in einer eigens beauftragten Studie 2016 differenziert darlegen und belegen können, dass die Voraussetzungen bezogen auf die Ausstattung in der Unterkunft Siekhöhe relativ gut abschneiden, was die Einhaltung von Menschenrechten angeht. Gleichwohl bedeutet das nicht, dass wir die Siekhöhe als geeignet einstufen. Die Kritik, die in der Fragestellung zum Ausdruck kommt, teilen wir. Es darf nicht zur Bildung von Ghettos an den Stadträndern kommen. Die Menschen in der Siekhöhe haben keine Kontakte zu Einheimischen. Wir Piraten fordern, sie alle in die Stadt umzusiedeln.

*Die Wohnungssituation in Göttingen ist schon seit Jahren erheblich angespannt, was sich durch die Zugezogenen noch verschärfen wird.*

*Wie wollen Sie gewährleisten, dass künftig sowohl für bereits länger hier lebende einkommensschwache Personen als auch für Geflüchtete ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung stehen wird?*

**Antwort PIRATEN:** Fraktionsübergreifend besteht Einigkeit, dass mehr Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss, vor allem mehr bezahlbarer Wohnraum und Wohnraum mit Sozialbindung. Francisco Welter-Schultes ist als Spitzenkandidat für den Stadtrat in diesem Arbeitsbereich tätig.

Auch diese Antwort ist länger, weil man sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigen muss, wenn man das Ziel erreichen will. Ein paar hohle Phrasen wären dieser wichtigen Frage nicht angemessen.

Das Thema der Frage geht auch weit über das Wahlprüfstein 4-Thema "Geflüchtete" hinaus. Wir wollen das auch so beantworten.

Die Schaffung von Wohnraum ist ein vielfältiger Prozess, der sich in mehreren Einzelschritten vollzieht, die immer wieder differenzierte Entscheidungen im Rat erfordern. Wie so oft im Bauausschuss ist es auch hier so, dass etwa 80 % der Entscheidungen relativ einmütig getroffen werden. Der Anteil der kontrovers diskutierten und der umstrittenen Projekte hat allerdings im Lauf der letzten Jahre zugenommen. Dies liegt auch daran, dass die Hauptakteure bei Bauprojekten immer kompromissloser vorgehen.

Einer der ersten Schritte liegt in der Ausweisung von Flächen für potenzielle Wohnbaugebiete. Wenn man diese ausgewiesen hat, können neue Wohnungen konkret geplant werden. Gegenwärtig wird der neue Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt diskutiert. Er soll kurz nach der Wahl verabschiedet werden.

Wir Piraten hätten nicht alles so gemacht, wie die drei großen Fraktionen es mit der Verwaltung ausgehandelt haben.

1. Einige wenige Flächen, die ausgewiesen werden sollen, gehen zu Lasten von ökologisch wertvollen Baumbeständen mit wichtigen Funktionen bei der Kaltluftleitung (Göttingen hat das Glück, dass an extrem heißen Tagen Kaltluft vom bewaldeten Berghang in die Stadt fließen und die Innenstadt kühlen kann), so etwa die bewaldete Hälfte des IWF-Geländes sowie die Flächen Zimmermannstraße und Oberer Habichtsweg. Wir haben uns in einem Antrag für einen Verzicht auf die Fläche Oberer Habichtsweg ausgesprochen, was von der Verwaltung anständigerweise berücksichtigt wurde. Dieser Grad an Beeinflussung der Planung entsprach in etwa unserem Wahlstimmenanteil von 4 % bei der Ratswahl 2011. Für die Herausnahme der beiden anderen Flächen werden wir uns weiterhin einsetzen. Die Naturschutzverbände haben sich zu einigen weiteren sehr sensiblen Flächen kritisch und ausgesprochen fundiert geäußert. Wir Piraten verlangen, dass diese dann auch wirklich herausgenommen werden.

2. Wir sehen die Ansiedlung von Gewerbegebieten, die nach wie vor enorm viel Fläche verschlingen sollen, sehr kritisch. Insbesondere nach den schlechten Erfahrungen mit der geplanten Ansiedlung eines XXXL-Möbelmarktes stellt sich die Frage, ob es nicht besser ist, bei jedem neuen Flächenverbrauch genau hinzusehen, was für Betriebe angesiedelt werden sollen, und ob der Nutzen den Schaden des Verlustes wertvoller landwirtschaftlicher Böden aufwiegt.

Göttingen hat in den letzten 20 Jahren keinen einzigen Einwohner hinzugewonnen, jedoch über 20 % zusätzliche Fläche versiegelt. Es kann nicht immer so

weitergehen. Hinzu kommt, dass in den flächenintensiven Gewerbebetrieben nachweislich immer weniger Menschen beschäftigt sind.

3. In einem Wohnbaubedarfsgutachten wurde 2013 zunächst ein Bedarf von etwa 80 ha neu auszuweisender Fläche ermittelt. Die großen Parteien drängten darauf, ein neues Gutachten in Auftrag zu geben, das im Fall maximal möglichen Bevölkerungswachstums 122 ha neuen Flächenbedarf auswies. Besonders die SPD bestand darauf, in die Vollen zu greifen und diese maximal überhaupt erlaubte Fläche als Bauland auszuweisen. Die Verwaltung selbst war zunächst zurückhaltender und schlug vor, es mit den Flächen nicht zu übertreiben. Die drei großen Fraktionen SPD, Grüne und CDU/FDP wiesen die Verwaltung jedoch an, mehr als 122 ha auszuweisen.

Wir Piraten hätten das nicht gemacht. Es werden nun Flächen ausgewiesen, die wirklich sehr problematisch sind. Damit wurde diese Planung nun ohne Not zu einem umstrittenen Projekt. Man muss der Verwaltung zugute halten, dass sie genau das zunächst wirklich verhindern wollte.

4. Umstrittene Flächen sollen nun in Holtenser Berg Nord ausgewiesen werden (die Bevölkerung vor Ort ist im Beteiligungsverfahren betrogen worden und ist strikt dagegen) sowie in Geismar-Süd. In Geismar hat sich der dortige Ortsrat (funktional eine Stadtviertelvertretung) gegen die Fläche Helmsgrund ausgesprochen, was wir richtig finden. Leider mussten sie dann eine sehr große Fläche in der südlichen Feldmark akzeptieren - die bereits ein Jahr vorher längst verworfen worden war, aus einem sehr gut nachvollziehbaren Grund, der in Punkt 5 deutlich wird.

5. Wir Piraten kritisieren insgesamt an dieser Planung, dass gleichzeitig weder Naherholung mitgeplant wird noch irgendeine Überlegung angestellt wird, wie die Verkehre bewältigt werden sollen. Es wurde klar dargelegt, dass sich die Arbeitsplätze im Norden der Stadt befinden und dass es keinen Sinn macht, südlich von Geismar großflächig Wohngebiete anzulegen. Die Leuten müssten alle durch die Innenstadt zur Arbeit fahren. Die Reinhäuser Landstraße ist heute schon überlastet. Neue Ansiedlungen würden das Problem immer weiter verschlimmern. Die Stadt kann nach Süden nicht mehr expandieren. Es sei denn, man folgt dem Vorschlag der CDU, baut eine Umgehungsstraße nach Rosdorf, siedelt dann lauter Gewerbe an und verwandelt die Felder südlich von Göttingen in ein Industriegebiet. Wir Piraten sind strikt gegen solche Überlegungen.

6. Klammheimlich haben die drei großen Fraktionen eine weitere Entscheidung durchgesetzt, die mit der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nichts zu tun hat und die wir so nicht mittragen werden. Nach dem Gutachten werden 4.800 neue Wohnungen gebraucht, 3.500 davon Mietwohnungen im Geschosswohnungsbau. Diese verbrauchen jedoch nur relativ wenig Fläche (50 ha). Gleichzeitig besteht nach dem Gutachten jedoch auch Bedarf für maximal 1.300 neue Wohneinheiten für Einfamilienhäuser - diese verbrauchen jedoch viel mehr Fläche (80 ha). Wir tragen nicht mit, dass auch für diese Einfamilienhäuser der maximal mögliche Flächenbedarf angesetzt wird, zumal die ausgewiesenen Flächen fast alle in den zu Göttingen gehörenden Bergdörfern ausgewiesen werden sollen, was dann nochmal mehr Autoverkehr in die Stadt zur Folge haben wird (Ausnahme: Geismar südliche Feldmark, die verkehrstechnisch hochgradig problematische Fläche soll für Einfamilienhäuser ausgewiesen werden, nicht für Geschosswohnungsbau). Prognostiziert ist eine Bevölkerungszunahme in Göttingen von maximal 1 % in 20 Jahren, das muss man dazusagen. Durch die Ausweisung von riesigen Neubaugebieten in den Dörfern wird unter dem Strich nur bewirkt, dass Bevölkerung, die vorher in der Kernstadt gewohnt hat, nun in den Dörfern wohnt.

7. Autos, die bergauf fahren, verbrauchen zudem mehr Treibstoff als auf flacher Strecke. Ein paar Fragen vorher war von Klimazielen und Nachhaltigkeit die Rede... auch hier ist die Planlosigkeit der Stadt wieder sehr gut sichtbar. Häuser in Berglagen sind noch schlechter mit dem Fahrrad zu erreichen als im Flachland. Autos, die den Berg hochfahren, verbrauchen mehr Treibstoff. Das muss mit eingeplant werden in ein Gesamtkonzept, wenn man Klimaziele ernsthaft verfolgen will. Man kann nicht sagen, wir wollen in wenigen Jahrzehnten viel weniger CO2 verbrauchen, und gleichzeitig die in Göttingen ansässige und zahlenmäßig faktisch gleichbleibende Bevölkerung zu einem immer höheren Prozentsatz in die Bergdörfer aussiedeln, wo an jedem Einfamilienhaus dann zwei Autos stehen, die jeden Tag benutzt werden. Das passt nicht zusammen.

Für den Geschosswohnungsbau lieferte die SPD eine Begründung, warum das Ansetzen der maximal möglichen Fläche Sinn macht. Wir hätten dem noch zugestimmt, aber für Einfamilienhäuser gelten andere Bedingungen, und das Ansetzen eines derart übertriebenen Flächenbedarfs für Einfamilienhäuser hat überhaupt nichts mit der wichtigen Aufgabe zu tun, die in der oberen Fragestellung zum Ausdruck kommt: wie kann bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden? Was die SPD und die beiden anderen Fraktionen hier ganz nebenbei machen, ist, Bauherren von Einfamilienhäusern zu subventionieren und dafür zu sorgen, dass diese billiger bauen können. Das ist nicht die Aufgabe der Kommune, die ursprünglich gestellt wurde.

## 2. Empowerment und Partizipation Geflüchteter

*Geflüchtete werden häufig ausschließlich als Hilfsbedürftige und damit als Problem wahr-genommen. Dadurch geht sowohl für sie als auch für die Kommunen Potenzial verloren. Dabei gäbe es vielfältige Möglichkeiten für die Kommunalpolitik, die Integration dieser Menschen voran zu bringen.*

*Inwiefern wollen Sie die Präsenz der Geflüchteten in der Kommunalpolitik stärken, um bei-spielsweise ihre Alltagsprobleme anzugehen und so auch ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern?*

**Antwort PIRATEN:** In der Tat sollten hier Lösungen erarbeitet und Gremien gebildet bzw. gestärkt werden.

*Wie möchten Sie Geflüchtete und ihre Initiativen in die kommunalen Dialoge einbeziehen und Begegnungsräume ermöglichen?*

**Antwort PIRATEN:** Auf keinen Fall sollten Geflüchtete in abgelegenen Industriegebieten (Siekhöhe) angesiedelt werden. Sie müssen in der Stadt wohnen können, möglichst schnell Planungssicherheit für ihre Perspektiven bekommen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

*Wie planen Sie eine weitere Qualifizierung von Geflüchteten und die Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt?*

**Antwort PIRATEN:** Wir arbeiten daran, auf diesem Gebiet die Kommunen mehr als bisher in die Pflicht zu nehmen. In jedem Fall müssen die Behörden schneller arbeiten, damit sich für die Geflüchteten Perspektiven für ihre Lebensplanung eröffnen.

### 3. Partnerschaften mit den Herkunftsorten der Geflüchteten

*Das Interesse an Fluchtursachen ist aufgrund aktueller Ereignisse oft nur temporärer Natur. Ein langfristiges Interesse an den Herkunftsländern und deren politischer Situation kann durch die Präsenz von Geflüchteten gefördert werden. Auch bietet sie die Chance zur Internationalisierung.*

*Wie wollen Sie diese Chance zum Aufbau internationaler Kooperation und Partnerschaften nutzen?*

**Antwort PIRATEN:** Piraten und Linke haben eine Städtepartnerschaft mit der nordsyrischen (kurdischen) Stadt Qamishlo ins Gespräch gebracht.

### 4. Fluchtursachen

*Durch die aktuellen Geschehnisse steht Krieg im Vordergrund der öffentlichen Wahrnehmung von Fluchtursachen. Diese einseitige Betrachtungsweise hängt auch mit dem Ausschluss von Geflüchteten als ExpertInnen für die Situation in ihren Herkunftsländern zusammen.*

*Wo sehen Sie Möglichkeiten, das Wissen der Geflüchteten in die (entwicklungspolitische) Bildungsarbeit einzubeziehen, um so auch ihre gesellschaftliche Teilhabe zu stärken?*

**Antwort PIRATEN:** Die Göttinger Piraten treten für den Stadtrat, den Kreistag und zwei Ortsräte (Weende, Geismar) zur Wahl an. Wir wollten diese Antworten innerhalb einer Woche abschicken, weil wir die Arbeit des EPIZ würdigen und zeigen möchten, dass uns diese Themen nicht unwichtig sind. Bei dieser letzten Spezialfrage wären wir allerdings wirklich auf die Kenntnisse unseres Kandidaten M. Ramaswamy angewiesen, der momentan in Urlaub ist und der auch zu einigen der vorangehenden Fragen sicherlich noch detailliertere und kompetentere Antworten geben könnte.